

Christen sollten in Europa mitreden und mitgestalten

Egon Kapellari*

* Auf Einladung der Polnischen Bischofskonferenz hielt Diözesanbischof Dr. Egon Kapellari am 30. April 2002 vor der Vollversammlung des polnischen Episkopats in Warschau dieses Referat, in dem er für den baldigen Beitritt Polens zur Europäischen Union eintrat.

Eminenz, Herr Kardinalprimas!
Eminenzen, Exzellenzen! Hochwürdigste Mitbrüder!

Zunächst überbringe ich Ihnen die Grüße der Österreichischen Bischofskonferenz, in welcher ich als Mitglied von COMECE, der Kommission der Bischofskonferenzen der EU-Staaten, für Europafragen zuständig bin. Und ich danke für die Einladung, vor der Vollversammlung des polnischen Episkopates einige Gedanken zum Projekt einer Erweiterung der Europäischen Union aus österreichischer Sicht vorzutragen. Es ist das zweite Mal innerhalb eines Jahres, daß ich in Polen über ein Europa-Thema sprechen kann, nachdem ich am 14. Mai vorigen Jahres im Schloß von Lublin in Gegenwart von Bischof Stanislaw Dziwisz über "Hoffnungen und Herausforderungen" betreffend Europa im Jahr 2001 gesprochen habe.

Christen auf dem Bauplatz Europa

Die österreichischen Bischöfe haben bei der Volksabstimmung über einen Beitritt Österreichs im Jahre 1994 zwar keine Empfehlung für ein positives Votum abgegeben, wohl aber haben sie erklärt, daß Europa – zumal nach dem Wendejahr 1989 – einem großen Bauplatz gleiche und daß Christen gerufen sind, hier mitbauend, mitgestaltend tätig zu sein. Die Bischöfe Österreichs haben später wiederholt an die politischen und gesellschaftlichen Kräfte in Österreich appelliert, sie mögen der Mitarbeit an der weitergehenden Einigung Europas einen Vorrang einräumen, und sie haben sich dabei auch auf den Heiligen Vater und auf seine Rede in der Wiener Hofburg am 20. Juni 1998 bezogen. Die Appelle der Bischöfe, man möge die sogenannten Kandidatenländer möglichst rasch in die EU integrieren, haben Kritik seitens mancher Politiker und Medien und auch bei einem Teil der Bevölkerung hervorgerufen. Manche Europaskeptiker beschuldigten die Bischöfe sogar, sie seien "Einpeitscher" im Dienst der Europäischen Union.

Europaskepsis

Ein heutiger Blick auf die Mitgliedsländer der Europäischen Union zeigt, daß die neue Währung, der Euro, gut aufgenommen wurde und auf bestem Wege ist, wirklich "die Währung Europas", "unser Euro" zu werden. Andererseits bringen Meinungsumfragen eine erhebliche Unzufriedenheit mit der Europäischen Union an den Tag; dies ist allerdings viel weniger in Österreich als in anderen EU-Ländern der Fall. Was sind die Gründe dafür? Die Europaskepsis beruht zu einem guten Teil auf einem allgemeinen Mißtrauen gegenüber Institutionen. Das betrifft besonders jene Institutionen, die von den einzelnen Menschen und ihrem Lebensraum weit entfernt sind. Brüssel ist für viele Europäer nicht konkret genug greifbar. Das Fehlen von Mitsprachemöglichkeiten in der repräsentativen Demokratie erzeugt Furcht vor einer Manipulation. Die angekündigte Erweiterung der Union erscheint vielen als Bedrohung ihrer ökonomischen Besitzstände. Auch manche alte Ressentiments gegenüber Nachbarvölkern werden im EU-Raum und in den Beitrittsländern wieder wach.

Aktuelle Herausforderungen

Die Europäische Union steht im heurigen Jahr vor zwei großen Herausforderungen:

1. Die Verhandlungen mit einer Reihe von Beitrittsländern sollen bis zum Jahresende abgeschlossen werden. Die Union wird im Jahr 2005 voraussichtlich 23 bis 25 Mitglieder haben.
2. Die bisherigen Institutionen sind für eine so groß gewordene Gemeinschaft politisch und administrativ nicht mehr tauglich. Die Konferenz des EU-Rates in Nizza hat eine Reform nicht zustande gebracht. Die Konferenz von Laeken hat daher im vergangenen Dezember einen Reformkonvent installiert.

Kontroverses über den Beitrag der Kirchen zur EU

Wie sollen, wie können sich die christlichen Kirchen im Reformprozeß positionieren? Diese Frage richtet sich in den Mitgliedsländern sowohl an die Kirchen selbst wie an die Regierenden und an die Zivilgesellschaft. Und diese Frage stellt sich auch für die EU-Kommission. Die Antworten auf diese Frage sind sowohl innerhalb der Kirchen wie innerhalb der Politik und der Zivilgesellschaft widersprüchlich.

Manche politischen Kräfte beklagen und bekämpfen den zunehmenden Einfluß von Kirchen und Religionsgemeinschaften auf Bereiche der Politik und des öffentlichen Lebens überhaupt und wünschen einen Rückzug ins Private, eine rigide Trennung von Kirche und Staat. Andere loben das Engagement der Kirchen für Flüchtlinge, Immigranten und Ökologie, lehnen aber ethische Grenzziehungen seitens der Kirchen betreffend Abtreibung, Euthanasie und

Familienpolitik ab. Ein Beispiel dafür ist der Bericht der spanischen Abgeordneten Roja über "Frauen und Fundamentalismus", der vom EU-Parlament am 13. März mit einer extrem knappen Mehrheit von nur zwei Stimmen angenommen wurde. Er spricht von einer bedauerlichen Einmischung der Kirchen in das öffentliche und politische Leben des Staates.

Andererseits erkennen viele Politiker in der EU-Kommission und im EU-Parlament, daß ein neues, ein besseres Europa nicht an den Kirchen vorbei gebaut werden kann. Dies gilt besonders für den Kommissionspräsidenten Prodi und für den österreichischen Agrar-Kommissär Fischler. Gleiches gilt für die politische Szene in den einzelnen Mitglieds- und Kandidatenländern.

Kritische Solidarität

Innerhalb der Kirchen, zumal der Katholischen Kirche, überwiegt bei den Kirchenleitungen die Zustimmung zum Projekt einer baldigen EU-Erweiterung, aber auch Skepsis fehlt nicht. Vor kurzem habe ich bei einer Europakonferenz des österreichischen Bundeskanzlers in Wien gesagt: Die Bischofskonferenzen Österreichs und der anderen EU-Länder begleiten die Entwicklung und Erweiterung der Europäischen Union mit kritischer Solidarität. Vor allem der Heilige Vater hat immer wieder für die baldige Erweiterung des Raumes der Europäischen Union plädiert, obwohl ihm die Mängel, die Kinderkrankheiten dieser Union bestens bekannt sind.

Die Aktiv-Bilanz der EU

Angesichts der Mängel und Risiken des EU-Projektes darf die schon erreichte Aktiv-Bilanz der EU nicht übersehen werden. Es geht dabei vor allem um drei Faktoren:

1. Die Union hat schon bisher unübersehbar viel zur Stabilisierung Europas beigetragen. Länder wie Deutschland, Frankreich und andere mehr, die einander in verheerenden Kriegen bekämpft haben, gehören nun zu einer weiträumigen europäischen Friedenszone. Diese Zone sollte baldigst erweitert werden, damit ein epochaler Kairos für einen dauerhaften Frieden im größten Teil Europas nicht versäumt, nicht verspielt wird. Besonders das große Land Polen sollte dieser Friedenszone möglichst bald angehören. Ohne Polen bliebe die EU ja ein Torso, der den Namen "europäisch" kaum verdient.
2. Der materielle Wohlstand hat in den EU-Ländern im Ganzen sehr zugenommen und wird sich nach einer Zeit des Übergangs auch auf die Beitrittsländer ausdehnen. Und für die polnische Landwirtschaft wird man Lösungen finden können, die nicht nur die bäuerlichen Betriebe, sondern den ganzen ländlichen Raum einbeziehen und ein massenhaftes Abwandern der Bevölkerung in die Städte verhindern. EU-Agrar-Kommissär Franz Fischler

erscheint mir als ein höchst vertrauenswürdiger Anwalt der Bauern und des gesamten ländlichen Raumes in Polen und seiner zutiefst religiös geprägten Kultur.

3. Entgegen der verbreiteten Skepsis gegenüber der EU und ihrer Erweiterung ist auch zu sagen, daß nur eine möglichst großräumige Europäische Union unter Einbeziehung der jetzigen Kandidatenländer ein Garant dafür wäre, daß die weltweit ziemlich einzigartigen sozialen und kulturellen Standards in Europa den Auswirkungen einer wilden, ungezügelter Globalisierung widerstehen können. Gegen die Dynamik einer solchen, von außen andrängenden Globalisierung kann man sich nicht mehr auf nationaler Ebene, sondern nur noch großräumig absichern.

Die Angst vor einer stärkeren Kirche

Die Kirchen werden nicht müde, daran zu erinnern, daß Europa nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine kulturell-spirituelle Wertegemeinschaft ist und bleiben, ja noch mehr werden soll. Und die Kirchen tun dafür sehr viel. Sie tragen und beseelen in Europa trotz aller Säkularisierungsprozesse einen großen Teil der Zivilgesellschaft.

Manche Verantwortliche in Politik und Kultur befürchten, daß ein wachsender Einfluß der Kirchen, zumal der Katholischen und der Orthodoxen Kirche, eine demokratische und pluralistische Gesellschaft in Europa beeinträchtigen würde. Der Heilige Vater hat dementsprechend in seiner Ansprache vor dem Diplomatischen Corps im Januar dieses Jahres seine Sorge über die Tendenz bekundet, die Religionen, "die zur Kultur und Menschlichkeit, auf die Europa mit Recht stolz sein kann, beigetragen haben und auch weiterhin beitragen werden", aus Meinungsbildungsprozessen innerhalb der EU auszugrenzen. Den Beitrag der Religionen anzuerkennen bedeute "in keiner Weise, der Forderung moderner Staaten – und Europas – nach einer angemessenen Nicht-Konfessionalität zu widersprechen", sagte der Papst. Habt keine Angst davor, Christus in euer Leben einzulassen, hat der Papst in all den Jahren seines Pontifikates wiederholt gesagt.

Die Christen in einer pluralistischen Gesellschaft

Gerade im jetzigen Stadium der Entwicklung der Europäischen Union kann es hilfreich sein, an ein dreifaches Verhaltensmuster im Verhältnis der Christen zur Welt, zur Gesellschaft zu erinnern, das im altchristlichen Brief an Diognet zur Sprache kommt. Dort heißt es – kurz gesagt –, die Christen sind (1.) in der Welt, die Christen sind solidarisch mit ihr, bewohnen keine eigenen Städte und sprechen keine eigene Sprache. Die Christen sind (2.) gegen Welt, sie sind gesellschaftskritisch. Denn sie zeugen Kinder wie die Nichtchristen, aber sie

setzen die Neugeborenen nicht aus, sie haben einen gemeinsamen Tisch, aber kein gemeinsames Lager. Und schließlich (3.) sagt der Brief an Diognet: Die Christen gehorchen den bestehenden Gesetzen, überbieten (übertreffen) aber in ihrem Lebenswandel die Gesetze. Dieses von bewußten Christen praktizierte In, Gegen und Über-hinaus im Raum der jetzigen und der künftigen EU kann viel dazu beitragen, daß das Projekt "Vereintes Europa" eine Seele hat.

Christen sind Freunde des Lebens, habe ich in der Predigt bei meiner Bischofsweihe vor zwanzig Jahren gesagt. Sie sind vor allem Freunde des menschlichen Lebens in allen seinen Ausfaltungen: Freunde des geborenen und des ungeborenen Lebens; Freunde des entfalteten wie des behinderten Lebens. Christen sind in der Nachfolge Christi Wegweiser und Begleiter zu einem Leben in Fülle.

Kardinal Ratzinger hat vor Jahren gesagt, daß die sogenannte westliche Zivilisation einen vielgestaltigen Krieg gegen das Leben führt. Der Papst spricht in diesem Zusammenhang von einer Zivilisation des Todes. Katholische Christen leisten in EU-Ländern – wie in EU-Kandidatenländern – einen geduldigen Widerstand gegen diese Zivilisation des Todes in Gestalt von Abtreibung, Euthanasie, Zerstörung von Embryonen. Sie kämpfen für das Prinzip Familie, weil der Weg in eine gute Zukunft der Menschheit nur über die Familie gehen kann.

Um in Europa erfolgreich ein Freund des Lebens in Fülle zu sein, wird man am Projekt "Vereintes Europa" nicht vorbeigehen oder sich von ihm weg ins Abseits stellen dürfen. Man muß mitreden auf dem Areopag des Europaparlaments, man muß das Gespräch suchen mit Medien, mit Politikern und Administration im eigenen Land und in Brüssel. In dieses Gespräch muß die Kirche Fairneß und Sachkompetenz mitbringen. Sie muß Respekt haben vor dem generellen Freiheitsbedürfnis vieler heutiger Menschen in einer säkularisierten Gesellschaft, und zugleich muß sie deutlich machen, daß Freiheit ohne Verantwortung zum Scheitern verurteilt ist. Die Kirche darf daher nicht nur Mund sein, sondern sie muß immer auch Ohr sein. Sie muß die Erfahrungen, Ängste, Vorurteile nicht- oder andersgläubiger Europäer ernst nehmen. In all dem muß sie aber zugleich demütig und selbstbewußt der Welt in Brüssel, Paris, Berlin, Madrid und Warschau Christus zeigen wollen. "Wir wollen Jesus sehen", haben heidnische Griechen zum Jünger Philippus in Jerusalem vor 2000 Jahren gesagt. "Give me Jesus", singen heute junge Leute auch in Europa in einem bekannten Gospellied. Wir müssen als Kirche, als Bischöfe sensibel sein für diesen oft nur implizit ausgesprochenen Wunsch.

Die Botschaft der polnischen Bischöfe zum Projekt einer erweiterten europäischen Integration vom 21. März dieses Jahres ist ein eindrucksvolles Dokument einer solchen Sensibilität. Ich freue mich darüber und gratuliere herzlich.

Abschließend möchte ich sagen: Viele verantwortungsbewußte und sachlich höchst kompetente Christen in Europa sind der Überzeugung, daß es zu einem baldigen Beitritt Polens zur Europäischen Union keine vernünftige Alternative

gibt. Dies trotz aller jetzigen Probleme und Mängel dieser Europäischen Union. Die Christen sollten auf dem Bauplatz Europa nicht als skeptische und nörgelnde Beobachter abseits stehen. Sie sollten mitreden und mitgestalten im demokratischen Konzert der öffentlichen Meinung der Europäischen Union und der Kandidatenländer. Es gibt noch viele offene Fragen zwischen Polen und der Europäischen Union, aber diese Fragen werden gelöst werden können, wenn weder die Europäische Union noch Polen einander im Ringen um einen vernünftigen Ausgleich überfordern.